

Trierer Bischof setzt sich in die Nesseln

Stephan Ackermann hat sich mit einer Äußerung über organisierte Missbrauchsoffer vergaloppiert. Dafür hagelt es Kritik. Die Opfervereinigung fordert den Missbrauchsbeauftragten sogar indirekt zum Rücktritt auf.

VON ROLF SEYDEWITZ

TRIER Eine Äußerung des Trierer Bischofs Stephan Ackermann (58) ist auf scharfe Kritik von kirchlichen Missbrauchsoffizieren gestoßen. Es sei schäbig, dass Ackermann jetzt versuche, die Opfer gegeneinander auszuspielen, sagte eine Sprecherin der Trierer Opferorganisation Missbit am Montag unserer Zeitung.

Der Missbrauchsbeauftragte der deutschen Bischöfe hatte am Wochenende bei einem Podium des Ökumenischen Kirchentags im Zusammenhang mit Missbrauchsbedingten von „Aktivisten“ gesprochen.

Zur Zusammenarbeit zwischen Kirchenführung und Betroffenenbeiräten meinte der Trierer Bischof, es sei nicht hilfreich, wenn ein Beirat „mehrheitlich durch Aktivisten besetzt wäre“, die ihre Rolle immer nur darin sähen, „den Finger in die Wunde zu legen und dies politisch-öffentlich zu tun“. Wer Bereitschaft bekunde, in einem Betroffenenbeirat mitzuwirken, dem müsse klar sein, „was das Mandat eines solchen Beirats“ sei.

Von Missbrauchsoffizieren hagelte es nach den Äußerungen Ackermanns scharfe Kritik. Die Theologin und Buchautorin Doris Reisinger bezeichnete die Aussage des Trierer Bischofs als skandalös. Der kirchliche Missbrauchsbeauftragte mache „auf subtile Weise klar, dass er sich einen ganz handzahmen und zahlosen Betroffenenbeirat“ wünsche, so Reisinger.

Ähnlich argumentierte am Montag auch der Trierer Opferverein

Missbit. Mit einer solchen Äußerung habe sich Ackermann selbst entlarvt, sagt Missbit-Sprecherin Jutta Lehnert. „Ihm sind die Opferorganisationen ein Dorn im Auge. Ackermann hätte gerne willfährige, kirchentreu Opfer um sich.“

Indirekt fordert die Opfervereinigung den Trierer Bischof zum Rücktritt auf. Ackermann sei für seine Aufgabe nicht geeignet, weder für die Aufarbeitung des Machtmissbrauchs in der Kirche noch für das Amt eines Bischofs, sagt die Sprecherin Jutta Lehnert.

Ackermann hatte die Äußerung am Sonntag relativiert und es bedauert, „den missverständlichen Begriff Aktivisten“ benutzt zu haben. Selbstverständlich sei es gut und notwendig, hochaktive Mitglieder in den Beiräten zu haben, „die bei Aufarbeitung, Prävention und Intervention sexualisierter Gewalt helfen und auch kritisch beraten“. Die Missbit-Forderungen wollten die 58-Jährige auf Anfrage unserer Zeitung am Montag nicht kommentieren.

„Selbstverständlich ist es gut und notwendig, hochaktive Mitglieder in den Beiräten zu haben.“

Stephan Ackermann

Trierer Bischof und Missbrauchsbeauftragter der deutschen Bischöfe nach der Kritik an seinen Äußerungen beim Ökumenischen Kirchentag.

tieren.

Eine Sprecherin Ackermanns verwies im Zusammenhang mit der aktuellen Diskussion auf den Trierer Betroffenenbeirat, der sich erst vor kurzem zum ersten Mal getroffen habe. Bei der digitalen Zusammenkunft mit Stephan Ackermann ging es unter anderem um die Mitwirkung in der unabhängigen Aufarbeitungskommission und im Beraterstab des Bischofs. Der fünfköpfige Beirat will sich nach Angaben einer Sprecherin des Bistums in nächster Zeit offiziell konstituieren und seine Arbeit aufnehmen. Dem Gremium gehört auch ein Mitglied der Opfervereinigung Missbit an.

Die Aktivisten-Äußerung Ackermanns ist nicht die erste Aussage, mit der sich der seit elf Jahren am-



Der Missbrauchsbeauftragte Stephan Ackermann steht wegen seiner Äußerungen über organisierte Opfer in der Kritik.

FOTO: DPA

MEINUNG

So langsam reicht's!

Dem Trierer Bischof muss niemand sagen, wie heikel es mitunter ist, mit Betroffenen über das Thema Missbrauch zu reden. Stephan Ackermann ist seit über elf Jahren Missbrauchsbeauftragter der deutschen Bischöfe, hat in dieser Zeit Hunderte Gespräche mit Betroffenen und den ihre Interessen vertretenden Organisationen geführt. Da ist Zuhören und Rücksichtnahme gefragt, Sensibilität und Einfühlungsvermögen.

Dass der kirchliche Missbrauchsbeauftragte diese Eigenschaften mitbringt, ist unbestritten. Er kennt auch die Befindlichkeiten der oft traumatisierten Opfer. Und Ackermann

weiß natürlich auch, dass er beim Thema Missbrauch jedes seiner Worte genau abwägen muss, um Missverständnisse oder Fehlinterpretationen zu verhindern. Trotzdem hat er ausgerechnet auf einem Kirchentag organisierte Missbrauchsoffer als Aktivisten tituliert und damit suggeriert, den Betroffenen gehe es nicht in erster Linie um die Sache, sondern um öffentlichkeitswirksames Lamentieren.

Dass viele Bischöfe und Priester so denken, ist unbestritten. Aber ist das wirklich auch die Meinung des Missbrauchsbeauftragten? Es wäre fatal. Stephan Ackermann hat sich für seinen verbalen Fehltritt im Nachhinein nicht einmal

entschuldigt, sondern diesen nur halbherzig korrigiert. Die Empörung vieler Opfer ist verständlich, die Forderung nach seinem Rücktritt als Bischof überzogen. Aber als Missbrauchsbeauftragter ist es nach elf Jahren langsam an der Zeit für einen Nachfolger mit mehr Sensibilität.

r.seydewitz@volksfreund.de



Rolf Seydewitz

FRAGE UND ANTWORTEN: WIE GEHT ES AN DEN SCHULEN WEITER?

Schrittweise zurück in den normalen Unterricht

So geht es nach den Pfingstferien an den Schulen weiter. Masken- und Testpflicht bleiben weiter bestehen. Viele Lehrer bereits einmal geimpft.

VON BERND WIENTJES

TRIER Seit Anfang März ist für die meisten Schüler wieder so etwas wie Normalität in ihren von Corona geprägten Alltag eingeleitet. Sie dürfen zumindest tageweise wieder in die Schule. Wechselunterricht statt Homeschooling. Zunächst bis zu den Pfingstferien, die es am Freitag erstmals in Rheinland-Pfalz gibt, sollte es so weitergehen. Danach, so war zunächst der Plan der Landesregierung, sollten alle Schüler wieder gleichzeitig unterrichtet werden.

Wie geht es nach den Pfingstferien in den Schulen weiter?

Wenn der Unterricht nach Fronleichnam und dem an vielen Schulen eingeplanten beweglichen Ferientag nach dem Feiertag am 7. Juni wieder beginnt, bleibt es zunächst dabei, dass die Schüler tageweise in Präsenz unterrichtet werden. Der „gut eingespielte Wechselunterricht“ werde dann zunächst fortgesetzt, heißt es in einem Brief von Bildungsministerin Stefanie Hubig (SPD) an die Schulen. Bis zum 18. Juni sollen die Schüler so unterrichtet werden. Hubig (SPD) begründet diese Vorsicht mit der immer noch unsicheren Infektionslage: „Wir wissen heute nicht, wie sich die Situation nach den Pfingstferien genau darstellt“, heißt es in dem Schreiben an die Schulleiter und Lehrer. Um Planungssicherheit zu haben, habe man sich zu einem Stufenmodell entschieden. Dieses stel-

le einen Kompromiss dar. „Einige von Ihnen hätten sich möglicherweise gewünscht, dass wir schon früher wieder in vollen Präsenzunterricht zurückkehren, andere sorgen sich vielleicht, wenn aufgrund der verbesserten Infektionslage die Klassen wieder voller werden. Unsere jetzige Entscheidung berücksichtigt beide Seiten: das Recht auf Bildung und den Infektionsschutz“, schreibt Hubig in einem Elternbrief.

Wann soll der volle Präsenzunterricht wieder starten?

Ab 21. Juni sollen wieder alle Schüler gleichzeitig in den Klassen unterrichtet werden, „wenn sich das Infektionsgeschehen weiter so entwickelt und die Sieben-Tage-Inzidenz in den jeweiligen kreisfreien Städten und Landkreisen unter 100 liegt“, so Hubig. Alle Schülerinnen und Schüler könnten dann die letzten vier Wochen vor den Sommer-

ferien noch einmal gemeinsam zur Schule gehen. „Die Schülerinnen und Schüler und Sie, Ihre Familien, sehnen sich nach einem ‚normalen‘ Schulalltag, in dem die Kinder und Jugendlichen sich wieder täglich im Klassen- oder Kursverband und mit den Lehrkräften in der Schule treffen können, um zu lernen und sich auszutauschen“, heißt es in dem Elternbrief. Voraussetzung für die Rückkehr zum normalen Unter-

richt sei, dass die Impfungen weiter „so gut voranschreiten, wir alle mit den schrittweisen Öffnungen verantwortungsvoll umgehen und auch in anderen gesellschaftlichen Bereichen die Hygieneregeln weiter einhalten“. Laut Hubig ist „der weit überwiegende Teil“ der Lehrer mindestens einmal geimpft.

Was geschieht, wenn die Inzidenz wieder steigt?

Sobald in einem Landkreis oder einer kreisfreien Stadt die Zahl der Corona-Neuinfektionen wieder über 100 auf 100 000 Einwohner in einer Woche steigt, greift die sogenannte Bundes-Notbremse. Dann müssen die Schulen wieder in den Wechselunterricht zurückkehren. Ab einem Wert von 165 müssen die Schulen schließen und die Schüler wieder im Fernunterricht unterrichten.

bleibt es bei der Test- und Maskenpflicht in den Schulen?

Ja. Diese seien Voraussetzung dafür, auf Abstand in den Klassen bei vollen Präsenzunterricht zu verzichten, so Hubig. Wie die bislang zwei Mal pro Woche verpflichtenden Selbsttests der Schüler ablaufen sollen, wenn wieder alle gleichzeitig im Unterricht sind, ist noch unklar.

Wann sollen Kinder und Jugendliche geimpft werden?

Laut Bundesgesundheitsminister Jens Spahn (CDU) könnten über-12-Jährige, die Zulassung vorausgesetzt, schon im Sommer geimpft werden. Die Impfung von Kindern sei bei der Bewältigung der Pandemie von mehrfacher Hinsicht von Bedeutung, sagt Thomas Mertens, Chef der Ständigen Impfkommission (Stiko). Zunächst könnten besonders Kinder mit Vorerkrankungen geschützt werden – diese sollten zuerst geimpft werden.



Ein ganz normaler Schulunterricht, wann wird das wieder möglich?

FOTO: DPA

Produktion dieser Seite:
Heribert Waschbüsch